

Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

Neue Bundeswehr-Struktur: Augenhöhe mit London und Paris?

Vor zwanzig Jahren begann mit der „Armee der Einheit“ ein neues Zeitalter der Bundeswehr. Das schreckliche Szenario, dass Deutsche auf Deutsche schießen könnten, war vorbei. Die Nationale Volksarmee war abgeschafft, die Bundeswehr wurde Stück um Stück verkleinert. Die Einbindung ganz Deutschlands in die NATO ermöglichte die Konzentration auf Kernaufgaben. Wie sehen diese Kernaufgaben in der Zukunft aus?

Der 20. Juli bekam dieses Jahr seinen besonderen Anstrich. Zu den bekannten Feiern im Zusammenhang mit dem Stauffenberg-Widerstand gegen den Diktator wurde nämlich „aus Anlass des feierlichen Gelöbnisses von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr“ auch direkt „zum militärischen Zeremoniell am Reichstag“ eingeladen. Danach baten Bundestagspräsident Norbert Lammert und Verteidigungsminister Thomas de Maiziere „zum Empfang in das Reichstagsgebäude“. Künftige Normalität in Deutschland?

Der Autor staunte nicht schlecht, als er die entsprechende Einladung in Händen hatte. Nicht mehr im Bendlerblock oder anderswo hinter Berliner Kasernenmauern, sondern direkt am Haus der deutschen Volksvertretung wagte die Bundeswehrführung ein militärisches Zeremoniell. Unbelehrbare wird es immer geben. Doch mit der jetzigen Bundeswehrreform und dabei mit der De-facto-Abschaffung des „Volksheeres“ der allgemeinen Wehrpflicht ist eine neue Lage eingetreten. Alle Parteien müssen diese anerkennen. Wie jeder Staat der Erde braucht Deutschland zur eigenen Sicherheit Streitkräfte. Die „Linkspartei“ hatte in jenen Zeiten, als sie noch als legitime Nachfolgerin der SED auftrat, nie etwas gegen deren militärische Einsätze geäußert, weder bei Aufmärschen im Inneren noch bei Einmärschen im Ausland. Ihr Gezeter gegen die Bundeswehr ist also reine Augenschwermerei, verlogenes Gehabe. Würden „Die Linken“ regieren, wäre eine stramme Militärherrschaft folgerichtig.

Die derzeitigen drei strategischen Eckpfeiler der Bundeswehr

In der Mitte des Jahres 2011 ist die deutsche Politik an neuen sicherheitsstrategischen Wei-



Klaus Rose 1996 als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses eingrahmt von NATO-Generalsekretär Xavier Solana und NATO-Botschafter von Richthofen.

chenstellungen angekommen. Das Ende der Wehrpflicht, der Sparzwang und der Streitkräfteumfang („bis zu 185 000 Mann“) verlangen eine andere Bundeswehr. Wer denkt bei allem aber an die strategische Augenhöhe mit London und Paris? Denkt Berlin wirklich daran, sich weiterhin hinter den beiden europäischen Atom-Mächten verstecken zu können? Der atomare Schutz ist durch diese und die NATO gewährleistet, aber kann sich Berlin in Libyen drücken, in Saudi-Arabien oder Angola aber eigene Geschäfte machen? Die Große Koalition zwischen 2005 und 2009 hatte dem Schuldenabbau Verfassungsrang eingeräumt. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit kam im Bundestag und danach im Bundesrat zustande, also auch mit den Stimmen des Freistaats Bayern. Oberstes Ziel allen staatlichen Handelns ist seither laut Artikel 115 Grundgesetz der Schuldenabbau. Doch weiß

das noch jeder? Beschränkt man sich in Zukunft auf staatliche Kernaufgaben?

Die Anerkennung des Soldatendienstes

Mit der Gießkanne Wohltaten („Wahl-Taten“) auf die Menschen zu streuen, ist keine staatliche Kernaufgabe. Nur was der Einzelne nicht leisten kann, darf die Vorsorge des Staates hervorrufen. Die innere und die äußere Sicherheit wiederum kann – und darf – nur der Staat verantworten. Nur er verfügt über das Gewaltmonopol. Folglich gibt es weder private Söldnertruppen noch Schutzstaffeln, wie die SS zu unseligen Zeiten. Der Staat muss sich für die Gewährleistung dieses Gewaltmonopols aber einiges einfallen lassen. Er muss vor allem das notwendige Kapital und Personal rekrutieren.

Die Aussetzung der Wehrpflicht ist konsequent, weil „die Pflicht“ in den zurückliegen-

den Jahren immer verlotterter ausfiel. Jetzt könnte ein vernünftiger „Ehrendienst“ die entstehenden Personallücken schließen, in der Bundeswehr und im Zivildienst. Dazu müsste aber das öffentliche Bewusstsein neu formatiert werden. Der Zivildienst gilt als gut, der Soldatendienst als schlecht? Dass der Verteidigungsminister vor kurzem die ersten „freiwillig Wehrdienstleistenden“ persönlich begrüßte, kann als Zeichen verstanden werden.

Und was ist mit der Aussage „bis zu 185 000“? Sie wird von manchen aus der Sicht der Kassenlage betrachtet oder auch aus der Personalrekrutierung. Zukunftsgerichteter ist auf jeden Fall, die Anforderungen der internationalen Politik und Sicherheit zu analysieren. Was gilt dann für die Bundeswehr? Braucht es immer mehr traditionell kämpfende Soldaten? Wird nicht Cyber War oder Währungs- und Wirtschafts-Krieg zur größeren Bedrohung? Wie

verhalten sich für diese Herausforderungen die Engländer und die Franzosen? Kann man die europäische Wehrtechnik/Rüstungsindustrie noch besser aufeinander abstimmen?

Berlin auf Augenhöhe mit London und Paris

Vieles ist in den zurückliegenden Jahrzehnten zur „Europäisierung“ der Streitkräfte versucht worden. Auch die Deutschen haben beispielsweise mit dem Eurokorps, der deutsch-französischen und deutsch-niederländischen Brigade oder der dänisch-deutsch-polnischen Einheit zur Internationalisierung beigetragen. Gar manches Rüstungsprojekt wurde internationalisiert, besonders der anfangs so umstrittene Eurofighter. Bei allem ist Deutschland gefordert. Man kann die Augen nicht vor der geopolitischen Lage verschließen. Die Deutschen leben mitten in Europa und haben viele Nachbarn. Die kleineren Nachbarn schauen auf zu Deutschland und erwarten Führung und manchmal Hilfe, die größeren Nachbarn suchen ihre eigenen Interessen umzusetzen. Wenn die Deutschen nicht ins Hintertreffen geraten wollen, müssen sie alles tun, um zumindest die Augenhöhe mit London und Paris zu zementieren. Denken die deutschen Verteidigungspolitiker in diese Richtung? Bundesverteidigungsminister Thomas de Maiziere hat also nicht bloß das Erbe der Strukturreform der Bundeswehr zu bewältigen. Er muss darüber hinaus, gemeinsam mit der Bundeskanzlerin, „das deutsche Pfund jonglieren“. Berlin als Leitkultur für Sicherheit, Frieden und Wohlstand in Europa! Soldaten müssen dann aber in Deutschland genau so geachtet werden wie in Frankreich, Großbritannien oder auch Russland. Sie dienen beruflich der Sicherheit des Landes. Ihr Beruf verdient also Anerkennung, nicht nur im Notfall.